



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2014 - 2019

---

*Ausschuss für Kultur und Bildung*

---

**2014/2040(BUD)**

11.9.2014

# STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Kultur und Bildung

für den Haushaltsausschuss

zum Standpunkt des Rates zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2015 (2014/2040(BUD))

Verfasserin der Stellungnahme: Silvia Costa

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Kultur und Bildung ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. weist darauf hin, dass 2015 die mehrjährigen Programme in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Jugend, Sport, Kultur, Medien und Bürgerschaft im zweiten Jahr durchgeführt werden; hebt hervor, wie wichtig es ist, ausreichende Mittel für Verpflichtungen und Zahlungen bereitzustellen, um sicherzustellen, dass alle Programme die angestrebte Anzahl von Begünstigten erreichen; weist darauf hin, dass es – da eine hohe Zahl von Bürgern von diesen Programmen direkt betroffen ist – für die EU wesentlich ist, Zahlungen, wie z. B. für die Erasmus-Mobilitätszuschüsse, die in den vergangenen Jahren bereits große Wirkung zeigten, nicht erneut zu stoppen;
2. vermerkt die bescheidene Aufstockung der Mittel für Verpflichtungen für das Programm Erasmus+ im Vergleich zu 2014; weist darauf hin, dass dank der hohen Ausführungsrate und Nachfrage für dieses Programm ausreichende Mittel für Zahlungen wesentlich sind, damit die zusätzlichen Mittelbindungen Wirkung zeigen und das reibungslose Funktionieren des Programms gewährleistet ist, vor allem, da die Kommission die studentische Mobilität bis zum Ende des Jahrzehnts auf 20% steigern möchte; unterstreicht, dass Zuschüsse im Rahmen des Programms Erasmus+ von Steuern und Sozialabgaben befreit sein sollten;
3. weist bezüglich der Garantiefazilität für Studiendarlehen, für die 3,5% der Mittel bereitgestellt werden, darauf hin, dass diese „zu für Studierende günstigen Bedingungen“ „unabhängig von ihrer sozialen Herkunft“ funktionieren sollten und dass „dieses zusätzliche und innovative Instrument zur Förderung der Lernmobilität weder bestehende Förder- oder Darlehenssysteme zur Unterstützung der studentischen Mobilität auf lokaler und nationaler Ebene sowie auf der Ebene der Union ersetzen noch die Entwicklung weiterer Förder- oder Darlehenssysteme behindern“ sollte;
4. hält es für bedauerlich, dass die Kommission trotz der wichtigen Rolle des Programms Kreatives Europa bei der Unterstützung der Kultur- und Kreativwirtschaft und der Notwendigkeit, die künftige Garantiefazilität mit den zugesagten Maßnahmen wie der Ausbildung von Finanzintermediären zu organisieren, niedrigere Mittel für Verpflichtungen für dieses Programm vorgeschlagen hat als 2014; erachtet in diesem Zusammenhang die vom Rat vorgeschlagenen weiteren Kürzungen bei den Teilprogrammen Kultur und Medien sowie der Garantiefazilität als inakzeptabel, da sie die effektive Umsetzung des Programms weiter gefährden werden; verweist auch auf die anfänglichen Bedenken des Europäischen Parlaments bezüglich der Fusion der Bereiche Kultur und Medien und die daraus resultierenden Fragen betreffend eine ausgewogene Politik und Finanzierung;
5. weist darauf hin, dass die Gesamtmittelausstattung für das Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger für den Zeitraum 2014-2020 gegenüber dem Zeitraum 2007-2013 um ca. 20% gekürzt wurde; kritisiert, dass der Haushaltsentwurf der Kommission für 2015 weniger Mittel für Verpflichtungen vorsieht als 2014; empfiehlt eine besondere Berücksichtigung dieses Programms, das bezüglich des Kontakts zu den

Bürgern und der Unterstützung ihrer „Bottom-Up“-Maßnahmen nach wie vor einzigartig ist; weist darauf hin, dass die derzeitigen Finanzmittel viel zu niedrig und für das Bild der Union sogar kontraproduktiv sind; ist daher sehr besorgt über den Vorschlag des Rates, die Mittel des Programms für Verpflichtungen und Zahlungen weiter zu kürzen, und bedauert das Senden eines solchen Signals an die europäischen Bürger;

6. betont, dass die Kommunikationspolitik der EU verbessert werden sollte, um ein wichtiges Instrument zu werden, um den Bürgern deren Funktionsweise, Politik und Verfahren zu erläutern und ihre Mitwirkung zu fördern, insbesondere da die EU-Bürger, wie auch die niedrige Wahlbeteiligung bei der Europawahl gezeigt hat, über eine beunruhigend geringe Kenntnis der Rechtsvorschriften und Programme der Europäischen Union verfügen; lehnt daher die Vorschläge des Rates für Mittelkürzungen bei den Kommunikationsmaßnahmen ab; hebt hervor, dass die Zusammenarbeit in der Kommunikationspolitik zwischen den Institutionen der Union, den nationalen Parlamenten und allen weiteren relevanten Parteien gefördert werden sollte, um eine optimale Wirkung der investierten Gelder zu erreichen und die Zusammenarbeit zwischen den Multimedia-Netzwerken in Europa zu verstärken und zu unterstützen, um die Verbreitung von Nachrichten über Europa auszuweiten;
7. verweist auf die Bedeutung digitaler Plattformen wie Europeana, die dazu dienen, das kulturelle und künstlerische Erbe in Europa zu digitalisieren, und Projekte verwirklichen, die sich auf transnationale Netzwerke und Partnerschaften stützen, die den Bürgern einen breiteren Zugang zu den verfügbaren Inhalten ermöglichen, womit die europäische Kultur stärker ins Bewusstsein gerückt und die Kultur- und Kreativwirtschaft gefördert wird;
8. verweist auf die auch auf Veranlassung des Europäischen Parlaments gemachte Zusage der Europäischen Kommission, die Erfahrungen und Netzwerke des Europäischen Freiwilligendienstes zu nutzen;
9. unterstreicht, dass den Maßnahmen des Programms Marie Skłodowka-Curie mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte, durch die Karrieren von Forschern durch Mobilitätsdarlehen unterstützt werden und die daher eine wesentliche Rolle bei der Stärkung der Forschung in Europa spielen; bedauert, dass der Rat erhebliche Kürzungen der Mittel für Verpflichtungen und Zahlungen dieses Programms vorschlägt, und ist entschlossen, die von der Kommission vorgeschlagenen Beträge wieder einzusetzen;
10. fordert die Europäische Kommission auf, das Europäische Parlament über die Aufteilung der Mittel auf die Mitgliedstaaten für die Programme in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Jugend, Sport, Kultur, Medien und Unionsbürgerschaft zu informieren, um Transparenz und Kontrolle der Zuweisung der öffentlichen Gelder zu verbessern;
11. betont, dass insbesondere angesichts der jüngsten tragischen Ereignisse in der Ukraine die Ausweitung des Programms der Östlichen Partnerschaft im Kulturbereich notwendig ist, ebenso der kulturellen Zusammenarbeit zwischen der EU und den Mittelmeerländern; weist darauf hin, dass die finanzielle Förderung der EU für gemeinsame Kulturprojekte, an denen junge Künstler aus den Ländern der Östlichen

Partnerschaft und den EU-Mitgliedstaaten teilnehmen, diese Initiativen stark aufwertet, ihnen politische Bedeutung verleiht und zur Intensivierung der Friedensbemühungen in Europa beiträgt;

12. stellt fest, dass die Mitteilung der Kommission „Bestandsaufnahme der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ der Jugendarbeitslosigkeit von 59,2% in Griechenland und 55,7% in Spanien besondere Aufmerksamkeit widmet und dass „der wachsende Anteil junger Schulabgänger ohne Arbeits- oder Lehrstelle - 13,2 % im Jahr 2012 - ein weiterer Grund zur Besorgnis ist“; weist darauf hin, dass deshalb der Zugang zu Wissen eine Voraussetzung für Beschäftigung und Wachstum ist und dass soziale Aspekte und die Verringerung von Ungleichheiten im Mittelpunkt jeder verwirklichten Politik stehen müssen;
13. weist darauf hin, dass Sparmaßnahmen, die öffentliche Dienstleistungen vernichten, die Möglichkeiten der Bildungs- und Ausbildungssysteme gefährden, zur wirtschaftlichen Erholung beizutragen, und dass lebenslanges Lernen eine hohe Priorität sein muss, um Armut und Ungleichheiten zu bekämpfen.

## ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	4.9.2014
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+:                24 -:                4 0:                0
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Isabella Adinolfi, Dominique Bilde, Andrea Bocskor, Louise Bours, Silvia Costa, Mircea Diaconu, Damian Drăghici, Jill Evans, Giorgos Grammatikakis, Petra Kammerevert, Andrew Lewer, Svetoslav Hristov Malinov, Curzio Maltese, Fernando Maura Barandiarán, Luigi Morgano, Momchil Nekov, Michaela Šojdrová, Yana Toom, Giovanni Toti, Anders Primdahl Vistisen, Julie Ward, Bogdan Brunon Wenta, Theodoros Zagorakis, Bogdan Andrzej Zdrojewski, Milan Zver, Krystyna Maria Łybacka
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)</b>	Ernest Maragall, Emma McClarkin, Marlene Mizzi, Liliana Rodrigues, Algirdas Saudargas, Hermann Winkler